

Antrag A16

Antragssteller*innen: BV Neukölln, Bettina Günter (Deli, SZ), Barabara Schulz (Deli), Jaimew Martinez (Deli)

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 Erklärung zur „Berliner Vereinbarung zum Start der Sondierungen

Die „Berliner Vereinbarung zum Start der Sondierungen zwischen Die Linke Berlin, Bündnis 90/Die Grünen Berlin und SPD Berlin“ ist für viele, insbesondere für die palästinensische Community, eine große Enttäuschung. Während der Schutz jüdischen Lebens und die Bekämpfung des Antisemitismus mit konkreteren Maßnahmen und Konsequenzen verbunden werden, bleiben die Aussagen zum Schutz der von Diffamierung und Repression betroffenen palästinensischen Community deutlich unverbindlicher.

Mit Verwunderung haben wir zur Kenntnis genommen, dass unsere Verhandlungspartner:innen Bündnis 90/Die Grünen und die SPD Berlin diese Vereinbarung zur Bedingung für weitere Verhandlungen und die Bildung einer Koalition gemacht haben. Uns ist bewusst, dass das Dokument vor dem Hintergrund einer intensiven Kampagne aus Politik und Medien verhandelt wurde, die darauf abzielte, Die Linke zu schwächen, zu spalten und Teile unserer Mitgliedschaft sowie unserer Programmatik in ein schlechtes Licht zu rücken. Wir sind mit klarem Wahlauftrag der Berliner Bevölkerung gewählt worden. Deshalb halten wir zusammen – und wir nutzen diese Chance für einen echten Politikwechsel in Berlin, statt uns auf Provokationen einzulassen.

Uns ist wichtig, bei den Koalitionsverhandlungen darauf hinzuweisen, dass

- die Partei Die Linke eine souveräne Partei ist. Wir sind in der Lage und willens, Antisemitismus in unseren eigenen Reihen ernsthaft und selbstständig zu bekämpfen. Maßstab für uns ist die Jerusalemener Erklärung zu Antisemitismus. Zugleich beobachten wir mit Sorge, dass der Antisemitismusvorwurf – auch von Politiker:innen aus SPD und Grünen – immer wieder dazu genutzt wird, missliebige Positionen zum Schweigen zu bringen. Ein solches Vorgehen lehnen wir entschieden ab, denn es macht den Kampf gegen echten Antisemitismus nicht stärker, sondern schwächer.
- die größte Gefahr für jüdisches Leben von rechts ausgeht. Rassistische und antilinke Hetze stärkt die AfD – und sie gefährdet konkret das Leben von Jüdinnen und Juden in unserem Land.
- wir sorgfältig unterscheiden zwischen dem Staat Israel, dem Judentum als weltweit verbreiteter Religion und dem jüdisch-israelischen Volk, das seit Generationen in Palästina ansässig ist. Wer diese drei Ebenen vermischt, betreibt – gewollt oder ungewollt – das Geschäft der Antisemiten. Kritik an der Politik der israelischen Regierung, an Apartheid und Völkermord ist kein Antisemitismus.
- wir zum Selbstbestimmungsrecht aller Völker stehen – und damit auch zum Recht jedes Volkes auf einen eigenen Staat. Doch kein Volk und kein Staat hat das Recht, ein anderes Volk zu unterdrücken, zu vertreiben oder zu vernichten.
- wir eine pauschale Verurteilung der BDS-Kampagne, die auf gewaltfreien Druck auf die israelische Regierung abzielt, nicht für sinnvoll halten.
- wir aus der Geschichte der Arbeiterbewegung gelernt haben, staatlichen Gewaltorganen im Kampf gegen Antisemitismus und Menschenfeindlichkeit nicht unkritisch zu vertrauen. Wir brauchen deshalb wirksame Instrumente einer unabhängigen demokratischen Kontrolle von Polizei und Geheimdiensten, um Willkür und Machtmissbrauch vorzubeugen.

- 44 • Palästinenser:innen in Berlin ein Recht darauf haben, dass ihr Leid angesichts von
45 Vertreibung, Apartheid und Genozid anerkannt wird. Rassistische Diffamierungen,
46 Ausgrenzung und das Unsichtbarmachen palästinensischer Menschen lehnen wir ab.
47 Die palästinensische Solidaritätsbewegung darf nicht und unter Generalverdacht
48 gestellt werden. Polizeigewalt und Einschränkungen der Versammlungs- und
49 Meinungsfreiheit lehnen wir ab.

50
51 Begründung: Eine Erklärung der Linken zur genannten Vereinbarung ist notwendig für
52 die bevorstehenden Verhandlungen, um den Verhandlungspartner:innen, unserer
53 Anhänger:innenschaft und der Öffentlichkeit die Position des Landesverbandes zu den
54 darin verhandelten Fragen zu verdeutlichen.